

Armutsrisiko wird häufig unterschätzt

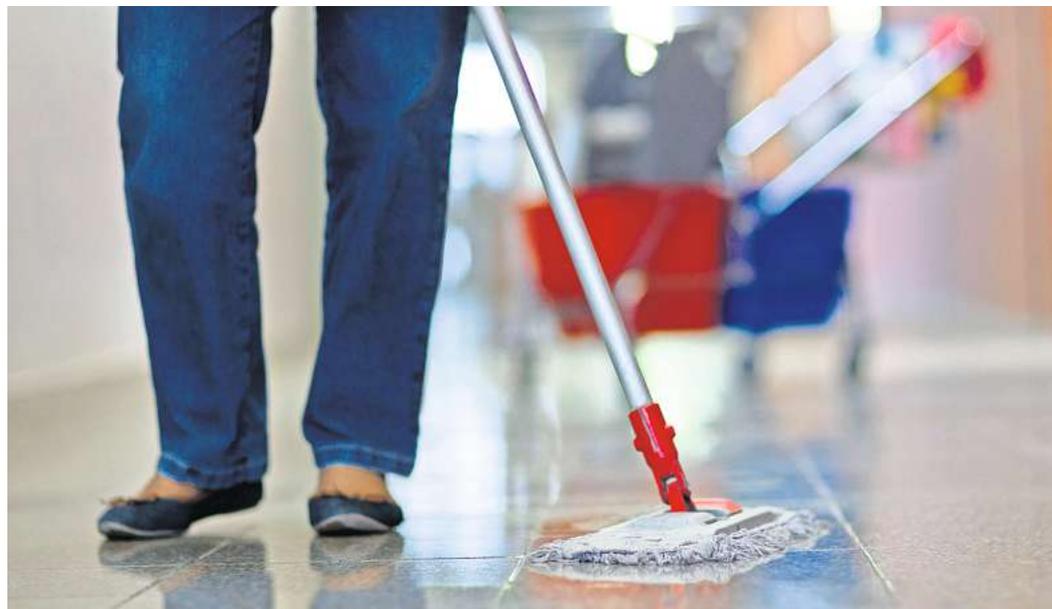
Sozialverband Deutschland fordert kurz vor der Bundestagswahl höhere Mindestlöhne

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

KIEL. Im Raum Kiel, Neumünster, Plön und Rendsburg-Eckernförde gelten 19 Prozent der Menschen als armutsgefährdet – 1,5 Prozentpunkte mehr als noch 2011 und deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt. Der Sozialverband Deutschland (SoVD), einer der mächtigsten Sozialverbände der Bundesrepublik, tourt kurz vor der Bundestagswahl durch den Norden, um für das Thema zu sensibilisieren.

An diesem Freitag ist um 12 Uhr auf dem Kieler Bahnhofsvorplatz die Abschlusskundgebung geplant. „Wie groß ist dein Armutsschatten?“ Teilnehmer haben die Möglichkeit, vor Ort ihr eigenes Armutsrisiko errechnen zu lassen.

„Wir haben den Eindruck, dass viele ihre persönliche Armut falsch einschätzen und nicht rechtzeitig gegensteuern“, sagt Ursula Engelen-Kefer, SoVD-Vize-Bundesvorsitzende und Landeschefin in Brandenburg. Sie war von 1990 bis 2006 stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds. „Wir werben um politische Akzeptanz. Es braucht nur irgendein Schadensfall einzutreten: ein Unfall, eine Krankheit oder eine Erschütterung im persönlichen Leben. Und dann sind die Menschen nicht mehr in der Lage, ihre Arbeit in der bisherigen Form fortzusetzen.“ Das sei nicht immer vorhersehbar. „Schleswig-Holstein mit seinem hohen Anteil niedriger



Arbeit im Niedriglohnsektor: Der Sozialverband Deutschland warnt davor, dass viele Menschen ihr eigenes Armutsrisiko unterschätzen.

FOTOS: JENS BÜTTNER (SYMBOLBILD) / THOMAS EISENKRÄTZER

„ Schleswig-Holstein mit seinem hohen Anteil niedriger Löhne ist ganz besonders betroffen.

Ursula Engelen-Kefer,
SoVD-Vize-Bundesvorsitzende

Löhne, wo man sich immer am Rande der Existenzsicherung bewegt, ist ganz besonders betroffen.“

Der aktuelle Sozialbericht des Landes schlüsselt das Armutsrisiko nach Regionen auf. In der Mitte des Landes rund um Kiel lag die Quote 2019 bei 19 Prozent, in den nördlichsten Landesteilen bei 19,1. Im Raum Ostholstein und Lübeck betrug sie 17 Prozent, in Dithmarschen



und Steinburg 16,7 Prozent, und am niedrigsten lag sie mit 11,8 Prozent am Hamburger Rand inklusive Segeberg. Landesweit betrug die Quote 15,9 Prozent, im Bundesdurchschnitt etwa 16 Prozent.

Der SoVD fordert neben einem höheren Rentenniveau eine sofortige Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns. Bundesweit arbeiteten etwa

vier Millionen Menschen im Niedriglohnsektor. Engelen-Kefer weist auf eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hin: Wenn es gelinge, den Mindestlohn auf zwölf Euro zu erhöhen, würden acht Millionen Menschen profitieren. „Das sind Hinweise darauf, wie hoch der Anteil derjenigen ist, die in Vollzeit zu sehr niedrigen Konditionen arbeiten“, sagt Engelen-Kefer. „Und das gilt besonders in Teilen Schleswig-Holsteins.“

Allerdings hat sich der SoVD auf 13 Euro Mindestlohn festgelegt – wie die Linke. SPD und Grüne fordern zwölf Euro Mindestlohn, während sich die Union zwar für gute Arbeit einsetzt, ansonsten aber mit Blick

auf die verschiedenen Berufe den Gewerkschaften die Freiheit lassen will, Tariflöhne selbst auszuhandeln. Im Januar war der gesetzliche Mindestlohn von 9,19 Euro auf 9,35 Euro erhöht worden. Macht der Verband also parteipolitischen Wahlkampf? Engelen-Kefer weist das zurück. Man richte sich an der Armutsschwelle der Europäischen Union aus und fordere 60 Prozent des mittleren Einkommens. „Da kommen wir annähernd auf 13 Euro.“

Könnte dann nicht mancher Betrieb seine Produktion ins günstigere Ausland verlagern? „Das hatte man auch gesagt, als der Mindestlohn 2015 eingeführt wurde“, entgegnet die SoVD-Vizechefin. Damals habe das renommierte Ifo-Institut vor einem Beschäftigungsrückgang und einer höheren Arbeitslosigkeit gewarnt. Das alles sei nicht eingetreten.

Stattdessen verdeutliche eine aktuelle Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung, dass höhere Einkommen bei Millionen Beschäftigten zu einer steigenden Wirtschaftsleistung führten.

„Gerade bei den unteren Einkommen gehen höhere Löhne und Gehälter vorwiegend in den Konsum. Bei einem Mindestlohn von zwölf Euro würde die Wirtschaftsleistung über mehrere Jahre um 50 Milliarden Euro pro Jahr steigen, und der Staat hätte 20 Milliarden Euro im Jahr höhere Einnahmen. Damit könnte er Infrastrukturprojekte bezahlen.“